

„Wir brauchen endlich einen roten Faden in der Pflegepolitik“

Gerade wurde Stephan Baumann als Bundesvorsitzender des VDAB bestätigt. Im Interview spricht er über die Herausforderungen privater Pflegeunternehmen, vertagte Reformen und warum der Verband künftig stärker auf öffentliche Sichtbarkeit setzt.

Herr Baumann, Sie sprechen von einem massiven Druck, unter dem die Pflegebranche steht. Was läuft aus Ihrer Sicht schief?

Wir sprechen seit Jahren über die gleichen Probleme – Personalmangel, fehlende Fachkräfte, Überlastung der Betriebe. Hinzu kommen steigende Kosten, unklare Refinanzierung und ein System, das private Pflegeunternehmen zu stark belastet, anstatt ihnen Planungssicherheit zu geben. Statt einer durchdachten Gesamtstrategie erleben wir nur Stückwerk. Uns fehlt eine Pflegereform, die den roten Faden vorgibt.

Manche halten eine „große Reform“ für unrealistisch. Warum pochen Sie dennoch darauf?

Weil es nicht reicht, hier und da Stellschrauben zu ändern. Ein Beispiel: Beim neuen Pflegeassistenzgesetz wurde die Ausbildung der einjährigen Kräfte auf 18 Monate verlängert. Damit verzögern wir den Einstieg in den Beruf, obwohl die Einrichtungen dringend Personal benötigen. Für uns als Unternehmer zählt am Ende, ob wir ausreichend Mitarbeiter haben, um Verträge erfüllen und Bewohner versorgen zu können. Was fehlt, ist eine klare Linie bei Finanzierung und Struktur, sonst drohen weitere Betriebe wirtschaftlich zu kippen.

Apropos Finanzierung – welche wirtschaftlichen Herausforderungen spüren Ihre Mitglieder am stärksten?

Die Unsicherheit über Refinanzierung ist das Kernproblem. Unsere Mitglieder berichten von Abhängigkeiten, die ihre Existenz bedrohen. Sozialämter lassen sich mit Anträgen auf Kostenübernahme teilweise bis zu

zwei Jahre Zeit. In dieser Zeit müssen Gehälter bezahlt, Investitionen gestemmt und Kredite bedient werden – ohne Gegenfinanzierung. Viele Häuser sitzen buchstäblich auf offenen Posten von Hunderttausenden Euro. Private Unternehmer können nicht einfach „abwarten“, sie brauchen Liquidität, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Dazu kommt: Seit Einführung der Tarifreuegung sind die Personalkosten in der Altenpflege explodiert. Grundsätzlich begrüßen wir tarifliche Bezahlung – aber die Kostensteigerungen werden oft nicht zeitnah refinanziert. Wenn ein Unternehmer Gehälter und Nebenkosten monatlich überweist, aber seine Pflegesatzverhandlungen sich über Monate oder gar Jahre ziehen, gerät er sofort in Schieflage.

Der VDAB fordert hier klare Rahmenbedingungen?

Ja, wir brauchen verbindliche Fristen, damit Pflegesätze zeitnah verhandelt und umgesetzt werden. Reformen dürfen nicht nur auf dem Papier Verbesserungen versprechen. Für Pflegeunternehmen geht es um die Frage: Können wir unsere Rechnungen bezahlen, Personal halten und Investitionen tätigen? Ohne wirtschaftliche Stabilität bricht die Versorgung zusammen.

Welche Rolle übernimmt der VDAB in diesem Spannungsfeld?

Als Verband vertreten wir die Interessen von über 1.800 privaten Pflegeunternehmen in Deutschland. Wir sind zwar kleiner als andere Verbände, aber dafür sehr nah an den wirtschaftlichen Realitäten unserer Mitglieder. Unsere Aufgabe ist zweigeteilt: Zum einen politische Interessenvertretung – wir

bringen unsere Vorschläge in Ministerien und Anhörungen ein. Zum anderen ganz konkrete Unterstützung: Beratung bei Pflegesatzverhandlungen, Finanzierungsfragen, Bauprojekten. Viele Mitglieder sichern damit überhaupt erst ihre Existenz.

Dennoch setzen Sie in letzter Zeit stärker auf Öffentlichkeit. Warum?

Weil wir gemerkt haben: In den klassischen politischen Gremien verhallen viele unserer Anliegen. Stellungnahmen werden oft nicht gelesen, Fristen sind kürzer geworden, Diskussionen finden im „stillen Kämmerlein“ statt. Reagiert wird eher, wenn Öffentlichkeit entsteht. Als ein Mitglied öffentlich machte, dass ihm

165.000 Euro von einem Sozialamt fehlen, war plötzlich Bewegung drin, und Landrat wie Ministerium meldeten sich. Unser Ziel: Mitglieder ermutigen, solche Missstände regional sichtbar zu machen. Politik reagiert schneller, wenn die Versorgung vor Ort gefährdet ist.

Der VDAB hat jetzt erstmals auch die Eingliederungshilfe im Vorstand vertreten. Bedeutet das eine Neuausrichtung?

Nicht neu, aber sichtbarer. Wir vertreten seit jeher Altenpflege und Eingliederungshilfe. Lange spielte Letztere ein Schattendasein – die Pauschalfinanzierungen liefen einfach mit. Doch der Wettbewerb um Personal macht jetzt auch hier Refinanzierung essenziell: Einrichtungen der Einglie-

derungshilfe müssen inzwischen dieselben Gehälter zahlen wie Altenpflege oder Krankenhaus, verfügen aber nicht über entsprechend angepasste Sätze. Erste Neuverhandlungen brachten Steigerungen von über 30 Prozent. Das zeigt, wie groß der Nachholbedarf ist.

Welche Themen treiben Ihre Mitglieder aktuell am meisten um?

Drei zentrale Punkte:
1. Starke politische Vertretung: Viele Unternehmer fühlen sich von der Politik benachteiligt – Stichwort Lauterbach, der private Anbieter schon als „Webfehler“ bezeichnet hat. Hier brauchen wir eine kraftvolle Gegenstimme.
2. Individuelle Unterstützung: Mitglieder erwarten vom

VDAB nicht nur politische Arbeit, sondern unmittelbare Beratung für ihre wirtschaftliche Existenzsicherung – von Pflegesatzverhandlungen bis hin zu Bauberatungen.

3. Öffentlichkeitsarbeit: Wir setzen stärker auf die Verantwortung der einzelnen Unternehmen. Jedes Mitglied kann „Steine ins Wasser werfen“ und regionale Diskussionen anstoßen, die dann Kreise ziehen.

Herr Baumann, bleibt da noch Raum für Optimismus?

Ehrlicherweise spürt man in der Branche viel Ermüchterung. Immer neue Milliardenkredite lösen die strukturellen Probleme nicht. Aber: Wir werden weiter kämpfen. Denn am Ende geht es um Versorgungssicherheit und um die Zukunft tausender Pflegeunternehmen. Wir brauchen eine echte Reform, die Finanzierung, Personal und Strukturen integriert – nicht nur ein Stückwerk. Das ist der rote Faden, den wir seit Jahren einfordern.

Die Fragen stellte
Kerstin Hamann.



Stephan Baumann, Vorsitzender des VDAB

„Private Unternehmer können nicht einfach „abwarten“, sie brauchen Liquidität, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.“



Neue Wege – Wohnen im Alter

Versorgung sichern, Personal stärken, Zukunft gestalten

Fach-Expertise, Vernetzung und innovative Personalkonzepte für eine zukunftsfähige Altenhilfe



13. – 14. November 2025
in Würzburg
www.ah-konferenz.de

**JETZT
ANMELDEN**

**Altenheim
KONFERENZ
NEUE WEGE**



VINCENTZ

Nach der tiefen Krise

AWO Frankfurt investiert in Pflege

Die Frankfurter Arbeiterwohlfahrt hat nach einer tiefen Krise wieder Tritt gefasst. Fünf Jahre nach dem Ende der skandalbelasteten Ära des früheren Geschäftsführers Jürgen Richter schreibt der Verband laut Finanzvorstand Axel Dornis wieder durchweg positive Ergebnisse, berichtet die Frankfurter Rundschau. Anfang 2020 war die AWO durch massive Vorwürfe von Selbstbereicherung und Vetternwirtschaft in eine existenzielle Schieflage geraten, das Vertrauen war völlig erschüttert. Eine neue Führung musste zunächst eine drohen-

de Insolvenz abwenden und die Strukturen stabilisieren. Heute richtet die AWO ihren Fokus klar auf die Pflege. In Sachsenhausen entsteht eine neue Einrichtung mit 143 Pflegeplätzen und 25 barrierefreien Seniorenwohnungen. Das Haus dient auch als Ausweichquartier für anstehende Modernisierungen in bestehenden Einrichtungen: Das August-Stunz-Zentrum wird für 20 Millionen Euro saniert. Anschließend folgen weitere Arbeiten, etwa im Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum, sowie ein Neubau mit Tagespflege und Wohnungen. (ck)